

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aus der Umweltkatastrophe lernen: Die Oder konsequent schützen

Der Landtag stellt fest:

Im August 2022 ist es an der Oder zu einem massiven Fischsterben gekommen. Diese ökologische und ökonomische Katastrophe muss aufgearbeitet und Konsequenzen müssen gezogen werden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind sich einig, dass die Hauptursache für das massenhafte Sterben von Fischen, Muscheln und Schnecken in der Oder das Toxin der Brackwasseralge *Prymnesium parvum* war, die sich durch die Einleitung salzhaltiger Abwässer massiv vermehren konnte. Verstärkt wurde die Algenblüte zusätzlich durch die Niedrigwassersituation, sehr hohe Temperaturen infolge der Klimakrise und Stauhaltungen am Oberlauf der Oder.

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz hat sich am 23.08.2022 in einer Sondersitzung mit dem Fischsterben an der Oder befasst. Mit dem Abschluss der Aufräumarbeiten vor Ort müssen jetzt alle Vorkehrungen getroffen werden, um solche Ereignisse in Zukunft zu verhindern und eine rasche Wiederbesiedlung der Oder mit ihrem charakteristischen Artenbestand und Fischbeständen zu erreichen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushalts- und Personalmittel

- gemeinsam mit der Bundesregierung und der polnischen Regierung für eine lückenlose Aufklärung der Umweltkatastrophe an der Oder zu sorgen und darauf hinzuwirken, dass umweltkritische Einleitungen entlang der Oder umgehend gestoppt werden,
- auf Basis der neuen Erkenntnisse bei der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung (IKSO) auf eine Evaluierung des Meldesystems der AG Havarie hinzuwirken, insbesondere hinsichtlich neuer multikausaler Herausforderungen in Folge der Klimakrise,
- im Rahmen der IKSO darauf hinzuwirken, dass ein länderübergreifendes Einleitungskataster erstellt wird und es zu einer Überprüfung sämtlicher Einleitungen in die Oder und deren Nebenflüsse kommt, wobei auch Grenzwerte für die Einleitungen mit Blick auf notwendige Verdünnungseffekte überprüft werden sollen,

- das ehrenamtliche Engagement der vielen Helferinnen und Helfer beim Einsatz an der Oder in geeigneter Form öffentlich zu würdigen,
- zu prüfen, wie gemeinsam mit der Bundesregierung den vom Fischsterben betroffenen Betrieben, insbesondere in den Bereichen Fischerei und Tourismus, finanziell geholfen werden kann,
- in Zusammenarbeit mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt, das für die Betreuung der Bundeswasserstraße Oder zuständig ist, die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zur Erreichung des guten Zustandes der Oder in Hinblick auf die Hydromorphologie zu forcieren und in diesem Kontext die Umsetzung des Bundesprogramms "Blaues Band Deutschland" an der Oder voranzubringen,
- die Nationalparkverwaltung bei der Bewältigung der durch die Umweltkatastrophe entstandenen Aufgaben zu unterstützen und den zuständigen Ausschuss zeitnah über die Situation und Auswirkungen im Nationalpark zu informieren,
- gegen den ergangenen Bescheid der polnischen Generaldirektion für Umwelt zum Widerspruch des Landes Brandenburg im grenzüberschreitenden UVP-Verfahren ggf. rechtliche Schritte einzuleiten,
- die vorbereitenden Arbeiten zur Umsetzung des Abkommens zum Oderausbau seitens der Bundeswasserstraßenverwaltung aufgrund der aktuellen Situation und der künftig zu erwartenden klimatischen Bedingungen zu überprüfen.
- die genehmigten Einleitungen in die Oder auf Brandenburger Seite auf ihre Verträglichkeit unter den Bedingungen des Klimawandels zu überprüfen,

Begründung:

Die ökologische Katastrophe in der Oder im Sommer 2022 hat gezeigt, wie sensibel Flussökosysteme auf Veränderungen durch den Klimawandel und anthropogene Einflüsse reagieren. Das Ökosystem Oder ist durch dieses menschengemachte Ereignis stark geschwächt worden. Der einzige Auennationalpark Deutschlands - der Nationalpark Unteres Odertal - ist massiv und offenbar nachhaltig durch diese Katastrophe beeinträchtigt worden. Eine vollständige Sanierung und Wiederbesiedlung der Oder mit dem entsprechenden Artenspektrum, in der entsprechenden Individuenzahl und Alterszusammensetzung wird Jahre in Anspruch nehmen. Im Bereich der Grenzoder wird dies vor allem möglich, weil sich der Fluss hier in einem hydromorphologischen Zustand befindet, der zumindest abschnittsweise die entsprechenden Lebensräume aufweist. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass hier seit 1941 hier keine umfangreichen wasserbaulichen Maßnahmen im Gewässerbett stattgefunden haben.

Hinzu kommen nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Schäden in der Region: Angefangen bei den Fischereibetrieben über den Tourismus bis hin zu den finanziellen Aufwendungen, die aus naturschutzfachlicher Sicht notwendig sein werden, sind Betrieben, Kommunen und Land bedeutende Schäden entstanden.

Insbesondere der Brandenburgische Auen-Nationalpark „Unteres Odertal“ ist durch die ökologische Katastrophe stark geschädigt worden. Noch ist das gesamte Ausmaß der Beeinträchtigungen nicht absehbar. Eine verstärkte Umweltbeobachtung und erforderliche Revitalisierungsmaßnahmen im ökologischen und sozioökonomischen Bereich sind jetzt erforderlich.

Eine wichtige Erkenntnis aus der ökologischen Katastrophe ist, dass dieses Ökosystem keinen weiteren Belastungen ausgesetzt werden darf, wenn es seinen wichtigen Funktionen für den Erhalt der Biodiversität, als Lebensraum, für den Wasserrückhalt und den natürlichen Hochwasserschutz sowie als Fischereigewässer und Erholungsraum gerecht werden soll. Mit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie und den europäischen NATURA 2000 Richtlinien wird der Rahmen dafür gesetzt und ein Verschlechterungsverbot ausgesprochen.

Der im Abkommen von 2015 festgeschriebene Ausbau der Oder berücksichtigt diesen Aspekt nur unzureichend. Hinzu kommen die Veränderungen durch die fortschreitende Klimakrise, die unsere Gewässer durch Hitze und Trockenheit zunehmend unter Stress setzen. Das Fischsterben in der Oder im Sommer 2022 ist ein Zeichen dafür, dass die Belastungsgrenzen möglicherweise überschritten worden sind.